

Andreas Gross, ZH/St-Ursanne
Pol'wiss/Lehrbeauftragter (SS12: Uni HH)
National-/Europarat (SP-Fraktionsvorsitzender)
info@andigross.ch / www.andigross.ch

Zürich, 10.März 2012
D-DD-Tour mit IRIE in der CH

Die Möglichkeiten der Direkten Demokratie (DD) **- und ihre vermeintlichen und echten Grenzen**

1. Die zentralen Möglichkeiten der DD

- Politik wird zur Sprache gebracht: Die öffentliche Diskussion als Seele der DD
- Die Demokratisierung der öffentlichen Tagesordnung: Die Diskussion ist die Voraussetzung, freilich noch keine Garantie der Veränderung
- Politische Macht wird besser geteilt: Keiner hat die Macht, nicht lernen zu müssen
- Lernende Gesellschaft als konkrete Utopie
- Integration von gesellschaftlicher Vielfalt und Differenz
- Differenzierte Legitimation von Politiken
- Abbau der politischen Entfremdung
- Ein offenes, für viele zugängliches politisches System (Kein Parteienmonopol auf Politik)
- Weicheres, diskursiveres Politikverständnis: Keiner kann befehlen, alle müssen versuchen, zu überzeugen.
- Eine neue Zuwendung zum Politischen, zum Engagement und für den Gemeinsinn, ein Erstarren des politischen Selbstbewusstsein, neue Einsichten und ein grösseres Handlungsvermögen.

2. DD-Design-Voraussetzungen zur Wahrnehmung dieser Möglichkeiten

- Volksbegehren müssen Volksentscheide garantieren (Nur Initianten können diese noch verhindern)
- Niedrige, dh. bürgerfreundliche Qualifikationshürden (1-3%)

- Freie Unterschriftensammlung mit nachgeordneter Beglaubigung der Unterschriften
- Ausdifferenzierung der Volksrechte in eine Anstossfunktion (Initiativen/Begehren) und ein Nachfragerecht (Referendum) mit entsprechend unterschiedlichen Verfahren
- Keine subito/Fastfood-Verfahren: Unterschriftensammelphase, die Phasen der Bearbeitung und Behandlung in der Verwaltung/Regierung und im Parlament sowie anschliessend in der Öffentlichkeit müssen zeitlich grosszügig bemessen sein (Total nicht weniger als 2 Jahre)
- Interaktion mit dem Parlament muss garantiert sein (Gegenvorschlagsrecht des P. zu VI/evtl. Konstruktives Referendum aus der Bürgerschaft)
- Schaffung eines der DD förderlichen gesellschaftlichen Kontextes: Vielfältige, pluralistische Öffentlichkeiten; ausgebaute politische Bildungsmöglichkeiten auf allen Stufen; gute demokratische Infrastruktur u.ä.

3. Vermeintliche „Grenzen“ der DD , die nur Schwierigkeiten sind, die angegangen werden können/müssen

- **„Zu gross“**: Keine Frage der Geografie, sondern der politischen Kultur und Kommunikationspotenziale.
- **„Zu langsam“**: Partizipation erfordert einen eigenen Zeitverständnis, das eigensinnig gegen andere Zeitbegriffe verteidigt werden muss.
- **„Zu komplex“**: Viele Augen sehen mehr; gesellschaftliche Fragen gehen jeden besonders an.
- **„Parlamentsfeindlich“**: Kommt auf das interaktive Design an.
- **„Anti-Parteilich“**: Parteien bleiben wichtige Akteure, freilich verlieren sie ihr Monopol, mehr Akteur-wettbewerb, bedienen sich auch der DD.
- **„Populisten/Demagogen-Bonus“**: Je mehr gelernt wird, um so weniger haben Simplifikatoren eine Chance; je mehr die BürgerInnen wirklich zu sagen haben, desto weniger kann in ihrem vermeintlichen Namen behauptet und argumentiert werden...
- **„Zu simple Ja/Nein-Polarisierungen“**: Auch die DD ist ein nie endender Prozess, auch auf DD-Entscheidung wird zurückgekommen, neue Entscheidungsprozesse werden eingeleitet...

4. Echte Grenzen

- **Schutz der Grundrechte (Keine Tyrannei der Mehrheit)**
- **Achtung der int. menschenrechtliche Verträge**
- **Achtung der Gewaltenteilung**
- **Achtung der Mehrebenen-Politik**

5. Wie sie in einer offenen Verfassung berücksichtigt werden können

- **Klare Regelung der Schnittstelle Grundrechte/DD-Feld**
- **Infragestellungen dürfen geschehen, müssen aber direkt in Frage gestellt werden auch i.S. von Aufträgen zu Neuverhandlungen an die Exekutive**
- **Verfassungsgerichte müssen im Zweifel über Zulassung von Volksbegehren entscheiden dürfen mit Hinweisen, wie die Bürger anders besser in ihrem Sinne vorgehen können.**

ag/ADD/St-U./9.3.2012